

Abonnementpreis:
Im ganzen deutschen Reich: 18 Mark. Außerhalb des deutschen
Reiches tritt Post- und
Stempelzuschlag hinzu.
Klassische Nummern: 10 Pf.

Insertionspreise:
Für den Raum einer gespaltenen Partie 20 Pf.
Unter „Ringraum“ die Zeile 50 Pf.
Bei Tabellen- und Ziffernata 50 % Aufschlag.

Erscheinung:
Täglich mit Ausnahme des Sonn- und Feiertags
Abends für den folgenden Tag.

Dresdner Journal.

Verantwortliche Redaktion: Oberredakteur Rudolf Günther in Dresden.

Insertionsannahme auswärts:
Leipzig: Dr. Brandstetter, Commissionnaire des
Dresdner Journals;
Hamburg-Berlin-Wien-Lipzig-Basel-Bruessel-Frankfurt
u. M.: Hanauerstein & Vogler; Berlin-Wien-Hamburg-
Prag-Lipzig-Frankfurt a. M.; München: Ros. Minze;
Berlin: S. Kornick; Innsbruck: Bruson; K. Scholte;
Bruessel: L. Stöger's Büreau; Frankfurt a. M.: H.
Jaeger'sche Buchhandlung; Görlitz: G. Müller;
Hannover: C. Schröder; Paris-Berlin-Frankfurt a. M.;
Stuttgart: Dieder & Co.; Hamburg: P. Kleudgen, Ad.
Steiner.

Herausgeber:
Königl. Expedition des Dresdner Journals,
Dresden, Zwingergasse No. 20.

Amtlicher Theil.

Seine Majestät der König haben Alljährlich ge-
rath, den Gemeindewortheiten Deihis in Baudenkmal
und Richter in Greifendorf das allgemeine Ehren-
zeichen zu verleihen.

Bekanntmachung.

Die nächste Aufnahme-Pfüllung von Expertanten
für das Königlich Sächsische Kadetten-Korps soll am
14. und 15. April 1882 stattfinden und werden die
an das Kommando des Kadetten-Korps zu richtenden
bezahllichen Anmelbungen dazu am 15. Februar ge-
schlossen.

Die wissenschaftlichen Anforderungen an die Experten
sind die Aufnahme in das Kadetten-Korps, die
üblichen Vorbedingungen, sowie die höheren Vortheilen,
nach denen die eintümigen Kadettenstellen mit einem
jährlichen Erziehungsbeitrage von 90, 180 und 300 M.
zur Vertheilung kommen, sind aus dem Regulat. für
das Königlich Sächsische Kadetten-Korps vom Jahre 1880
und dem Nachtrage zu denselben — beides ähnlich
zu beziehen in der Buchhandlung von Carl Hödner,
Dresden-Reußstadt — zu ersehen.

Dresden, am 3. December 1881.

Kriegs-Ministerium.
von Fabrice. Beyer.

Nichtamtlicher Theil.

Telegraphische Nachrichten.

Wien, Mittwoch, 18. Januar, Abends. (Tel. d. Börs.) Der hiesige Polizeipresident Frhr. v. Marx hat aus eigener Initiative um seine Pen-
sionierung angefucht. (Vgl. die „Tagesgeschichte“.)
Als sein Nachfolger wird Hofrat Striegel be-
zeichnet. Auch Graf Lamenz und Lienbacher
werden genannt.

Der in Triest verhaftete Agitator Matanovic wandte sich an den Minister des Innern um Frei-
lafung gegen Caution, doch ohne Erfolg.

Die „Polit. Corr.“ veröffentlicht einen Be-
richt über die Verhältnisse in den occupied Län-
dern, welches Folgendes zu entnehmen ist:

Die Vorbereitungen für die Conscription nehmen
ihren letzten Fortgang, und deren Durchführung wird
in jedem Halle vor sich gehen. In Nordböhmen
möchte sich eine von speculativen Theile der Bevölke-
rung genäherte Bewegung unter den Wulsdörflern
geltend, als ob sie denselben auszuwandern be-
absichtigten. In der Herzegowina treten in den
Bezirken Josip, Stolac, Bihać, Gado, Reo-
sini und Trebinje Symptome einer intensiven
Sicherung und entschlossenen Agitation zu Tage:
Contact zwischen den Banden in der Herzegowina und
den Renniten in der Krimolje, Verstärkung der
letzteren durch Conscriptionstrümpfe, sogar durch ein-
zelne Banden und Gendarmerien in der Herzegowina, Niederläufe auf exponierte Gendarmerieposten und auf
Convoy. Die ruheliebende Bevölkerung bringt auf
Bewahrung des Wehrmittel, um einen ersten Be-
nachrichtigung zuverzufinden. Von einer Insurrection in
der Herzegowina zu sprechen, wäre heute eine nicht zu
rechtfertigende Übertriebung, aber im Sinne einer
weisen Prophylaktik erscheine eine ausgiebige Mach-
entlastung dringend geboten.

Wien, Donnerstag, 19. Januar. (Tel. d. Dresdner Journ.) Das „Fremdenblatt“ vernimmt,
dass von den Delegationen ein einmaliger außer-
ordentlicher Credit von 3 100 000 fl. und ein außer-
ordentliches Erforderlich für drei Monate von je
1 200 000 fl. im Ganzen somit 6 700 000 fl. ver-
langt werden.

Feuilleton.

Redigirt von Otto Band.

Der Goldfisch.

Rosette von Karl Hartenberger.

(Fortsetzung.)

Heute brachte die Sonne auf die große, voll- und
streichende Hauptstadt wieder . . .

Wer es vermochte, entfloß der glühenden, an die
afrikanischen Wälder mahnenden Hitze, welche die Blasen
der Häuser, das Asphaltrottoir, das Pflaster aus-
schwitzte.

Diese heitere, staubige, drückende Luft war noch
dazu geschändigert von den Ausdünstungen der vielen
schwitzenden, leuchenden Hunderttausende von Menschen,
welche trog der Hitze ihren Geschäftsräumen nachzogen mussten,
von Geschäften aller Art, welche aus den Souterrains
emporströmten, von Ausdüstungen der Gärde und
Fluharme, die die Stadt durchzogen, und der verschiede-
nen Industrien . . . Es war keine Luft mehr,
es war ein heißer, übelriechender Dunst, den man
atmete . . .

„Aber ich reise morgen, ganz bestimmt . . .“ sagte
eine elegante, sehr gelangweilt und unbeschreitig aus-
sehende junge Frau, die auf einer Chaise-longue ihres
Schlafzimmers im hellen, blauausgeputzten Worgens-
feld ausgebreitet lag, zu ihrem Manne, der, den Hut
in der Hand, sich eben von ihr verabschieden wollte . . .
„Ob Du nun mitkommen oder nicht, ist mir ganz

Paris, Donnerstag, 19. Januar. (Tel. d. Dresdner Journ.) Der „Agence Havas“ zufolge steht die Unterzeichnung des englisch-französischen Handelsvertrages nahe bevor.

Rom, Mittwoch, 18. Januar, Abends. (W. S.) In der Kammer der Deputierten stellte heute Ricotti ein Interpellationsverlangen in Betreff der auswärtigen Politik. Der Ministerpräsident Depretis sagte, er werde morgen antworten, ob das Ministerium die Interpellation annehme und eventuell für wann. Coppini legte den Bericht über die Wahlreform vor. Dieselbe wurde für Freitag auf die Tagesordnung gesetzt. Sella legte sein Mandat als Abgeordneter nieder.

Vukarek, Donnerstag, 19. Januar. (Tel. d. Dresdner Journ.) Bergangene Nacht gegen 3 Uhr brach im Circus Kremlins auf dem Boulevard Feuer aus. Trotz der Anstrengungen der Pompiers ist der Circus niedergebrannt. Vom Personal werden zwei Männer und die erste Reiterin vermisst. 34 Pferde sind verbrannt.

Washington, Donnerstag, 19. Januar. (Tel. d. Dresdner Journ.) Im Proces gegen Guiteau, welcher in die zehnte Woche eingetreten ist, beschwerte Scoville, der Verteidiger des Angeklagten, die Haltung des Präsidenten Arthur, Conning's und Grant's, besonders Conning's und Grant's gegen Garfield und erklärte, dieselben seien für die Handlung Guiteau's moralisch verantwortlich.

Buenos-Aires, Dienstag, 17. Januar. (Reuters's Office) Eine Depesche aus Salta informiert den Abschluss des Friedensvertrags zwischen Chile und Bolivia. Die Friedensbedingungen sollen u. A. darin bestehen, dass Bolivia Küsten-
gebiet abtrete und seine Beziehungen zu Peru ab-
breche.

Dresden, 19. Januar.

Die „Provinzial-Correspondenz“ enthält heute unter dem Titel: „Friedensstimmungen“ einen an die Debatte des deutschen Reichstags über den Antrag Windthorst, betreffend die Aufhebung des Gesetzes vom 4. Mai 1874, welches in der gestrigen Reichstagssitzung mit der früheren Majorität definitiv angenommen worden ist, anstaltspflichtigen Artikel. In diesem Artikel wird ausgeführt, dass das Motiv des Antrags nicht in einem unmittelbaren dringenden Bedürfnis lag, sondern nur in dem Zweck der Recognoscierung. Der Artikel, welcher von der Friedensstimmung im deutschen Reichstage Zeugnis ablegt, kann gleichzeitig als ein abormaler Beleg der verhältnissamen und entgegengesetzten Haltung der preußischen Regierung angesehen werden, und lassen wir denselben seinem ganzen Wortlaute nach hier folgen. Die „Prov. Corr.“ sagt:

Der Reichstag hat in voriger Woche auf An-
regung der katholischen Partei mit einer nicht unerheblichen Mehrheit (die aus dem Centrum und allen kleinen Parteien, sowie aus Brüderhäusern aller übrigen Fraktionen, besonders zahlreichen Liberalen und Fortschrittsleuten bestand) den Beschluss gefasst, die Aufhebung des Reichsgesetzes über die Bekämpfung der unbefugten Ausübung von Kirchenämtern (vom 4. Mai 1874) zu beantragen. Dieses Gesetz gehörte nicht eigentlich zu der sogenannten „Waageriegelung“, welche nur Preußen betrifft, ist aber doch von Reichswegen zu dem Zweck erlassen worden, die Wirklichkeit der preußischen kirchenpolitischen Ge-
setze sicher zu stellen. In jenen also darf auch das in Rede stehende Gesetz als ein wesentlicher Bestandteil der preußischen Waageriegelung aufge-
fasst werden.

Doch für die Aufhebung desselben keine aus That-

sachen hergeleitete wirkliche Dringlichkeit, kein unmit-
telbares Bedürfnis spricht, wurde im Reichstage von
allen Seiten anerkannt. Dasselbe ist weder in den
letzten Jahren zur Anwendung gekommen, noch ist bei
den bekannten Bemühungen der preußischen Regierung,
friedliche Zustände zwischen Staat und Kirche herzu-
führen, vorzusehen, daß eine Anwendung des
Gesetzes bevorstehe. Auch von katholischer Seite hat
man zugestanden, daß der Staat dies auf die Auf-
hebung des Gesetzes gerichteten Antrags nicht in der
wünschenswerten Weise eine mögliche An-
wendung deselben, sondern in einer angeblichen „Re-
cognoscierung“ (Untersuchung) über die gegenwärtige
Stellung der Parteien zu der kirchenpolitischen Frage
im Allgemeinen zu suchen sei. Unter solchen Umständen
glaubten sich die verbündeten Regierungen einer
Stellungnahme zu dem Antrage um so mehr enthalten
zu sollen, als die Berathungen ein Stück aus den
Verhandlungen vorweg nahmen, die demnächst im
preußischen Landtag zu erwarten sind, wo vor-
zugsweise die Entscheidung über die Fragen liegt, die
früher zu dem erwähnten Reichsgesetz geführt haben
und die daher auch jetzt im Reich nicht eher eine der
Parteien der Soziale entsprechende Lösung finden können,
bevor nicht in Preußen eine bestimmte Entscheidung
getroffen ist. Von Seiten der verbündeten Regierungen
wurde überdrüslich gewesen, in allen über-
alen Blättern ohne weiteres als „Song nach Canossa“
bezeichnet werden — sind so himmelweit verschieden
von der sonstigen Feindschaft derselben Parteien gegen
die Kirche und insbesondere gegen die katholische Kirche,
dass ihre Bekämpfung wohl nur eine Bedeutung
im Sinne des Parteidienstes haben kann. Es liegt die
Vermuthung nahe, dass gewisse Parteien jene Wege
nur betreten haben in der Hoffnung, dem Kaiser die
Waffen, die er zum Frieden gebrauchen will, aus der
Hand zuwinden, und dass die Stellung des Staates
bei den Verhandlungen mit der Kurie geschwächt werde.
Von dieser Seite wird eine erprobliche Theilnahme
an der Friedensgegabung kaum zu erwarten sein,
und es ist nicht zu bezweifeln, dass die katholische
Partei sich in weiterer Folge auf diese Bundesgenossen
stützen will und kann, die nur aus politischer Ver-
regung nicht aus wirklicher Fürsorge für die
Interessen der Kirche und nicht in Anerkennung der
Berechtigung christlicher Bedürfnisse, sondern, wie einst
gesagt wurde, nur aus Bosheit“ sich dem Centrum
zu Gebote gefestigt haben.

Gleichwohl war die Berathung im Reichstage in
mancher Richtung sehr lehrreich. Sie ließte den Be-
weis, daß die „Culturkampfstimmung“ vorüber und
der Wunsch nach Wiedereinführung des Friedens mit
der Kirche ein allgemeiner geworden ist. Wenn man
auch völlig von dem Schlusse lebt obgleich, so prüft sich
die Rücksichtnahme, zu friedlichen Zuständen zu gelangen,
doch in den Reden aller aus, ob für den Antrag
sprachen oder die Verwertung desselben aus der gegen-
wärtigen kirchenpolitischen Lage herleiteten. Und wenn
auch die Parteien sich in der Stellung zu dem Antrage
selbst spalteten, so waren sie doch einig in dem Wunsche
nach Frieden. Gerade von denjenigen Parteien, die bisher
als Träger einer Aufstellung des Kampfes galten, welche
theilweise weit über die Absichten und Gesichtspunkte der
Regierung hinausging, ist jetzt die Beilegung des Streites
mit ungebührlicher Hafte und mit offensiver Gering schätzung
der zu erreichenden Bürgerschaften gegen die Wiederkehr der
Gehobung der Staatsrechte verlangt worden. In
dieser allgemeinen Friedensstimmung liegt unzweifel-
haft eine nachträgliche Anerkennung der Aufsicht, von
welcher die preußische Regierung vor fast zwei
Jahren ausging, um den ersten Vorschlag zur An-
nahme eines Friedens zu machen, und zugleich eine
wenn auch etwas späte Billigung dieses Schrittes.
Wenn die Staatsregierung für ihr damaliges Ver-
halten überhaupt eine Rechtfertigung bedurfte, so hat
sie dieselbe reichlich durch die jüngsten Reden aller Parteien
erhalten, die damals sich nicht nur lebhaft widerlebten,
sondern deren Parteien aus dem ersten Friedlichen
Schritt der Regierung den Grund zu einem völligen

Ende des leichten Gefährdet über die macadamisierte Straße
der inneren Stadt zu . . .

Ähnliche Szenen, wie die eben erzählte, kamen bei
dem Theopar, in welchem unsere Leher Herrn Robert
Gäbler und seine junge Frau Fanny erkannt haben
wurden, nicht selten vor . . .

Obwohl erst wenig über ein Jahr verstrichen hat,
hatten sich die Verhältnisse derselben in dieser Zeit
sehr verändert . . .

Herr Gäbler hatte sein Bankiergeschäft in der Pro-
vinz übergeben und ein Productengeschäft in der Haupt-
stadt übernommen müssen. Das war so zugegangen.
Man kennt jene Periode des Gründerschwinds, welche
im Anfang des siebziger Jahres unmittelbar nach dem
französischen Kriege mit den französischen Milliarden
über Deutschland hereinbrach und mit dem Zusammen-
bruch von laufend und ablaufend Vermögen und
Erfolgen endete, welcher unter dem Namen des gro-
ßen Krachs historisch berühmt oder berüchtigt gewor-
den ist.

Auch Herr Gäbler war bei einigen dieser Grün-
dungen beteiligt und büßte dabei beträchtliche Sum-
men ein. Der starke Verlust aber drohte ihm durch
den Bankrott eines großen Productengeschäfts in der
Hauptstadt, von welchem Herr Gäbler über hander-
dunghunderttausend Thaler Wechsel in seinem Portemonnaie
hatte. Nur ein Vergleich, durch welchen Herr Gäbler
das Productengeschäft selbst mit allen Aktien und
Passiven übernahm, rettete die Firma Gäbler selbst vor
dem Zusammenbruch . . . Infolge dessen hatte er sein
Bankiergeschäft aufzugeben müssen und war in die Haupt-
stadt gezogen, wo er das Productengeschäft nicht ohne
Erfolg weiter führte . . . (Fortsetzung folgt.)

gleichzeitig . . . Diese eklatante Atmosphäre ertrage ich
nicht länger . . .

Aber, ich bitte Dich, Fanny,“ wandte er ein, hier
in unserer Villa, unmittelbar an dem Centralplatz, ist
es doch noch zum Aushalten . . . Ja, wenn wir noch
in Mitten der Stadt wohnen — . . . Im Comptoir
drinnen im Geschäft, da ist es kaum zum Aushalten . . .
Wenn Du mich heute Abend abholen wolltest, könnten
Du Dich ja überzeugen.“ Die junge häbliche Frau
warf verächtlich das Kopftuch zurück und räusperte die
Nase . . . „Psui, Robert, was Du mir zumutest!“
Die Ohren von Heringen, Petrolens und Fischstäbchen
zu riechen . . . Dazu muß man von der Natur prä-
destiniert sein. Ich bin es leider nicht.“

Und doch müssen wir davon leben,“ sagte er.

„Ich will nicht weiter in Dich dringen, Fanny. Wenn
Du morgen Deine Garderobe anstreifen möchtest, so thue
es, ich kann Dich noch nicht begleiten, die Geschäftsräume

und grundständigen Umstieg in ihrer Stellung zur
Regierung herleiteten. Der damalige Widerstand gegen
diese ersten Friedensboten erscheint in dem Lichte der
neulichen Reichstagverhandlungen als ein völlig un-
berechtigter und als ein Zeichen engstiriger, funktio-
närtiger Fraktionspolitik. Auch in dieser Beziehung war
die Kurie eben die öffentlichen Stimmen voran-
gegangen und hatte in legendre Weise den ersten
Schritt gethan. In ihr laufen die Nerven des Staates
lebendig zusammen, so daß sie von den wahren Bedür-
fnissen des Volkes eher Empfindung und Kenntnis
erhält, als diejenigen, die sich in einem verhältnis-
mäßig doch nur immer kleinen, durch die Parteien
bewogenen noch vielfach beeinträchtigten Kreise der Erfahrung
befinden.

Aber die Reichstagverhandlungen haben noch in
ganz anderer Beziehung höchst belebende Erfah-
rungen ergeben, die nicht minder der Beachtung wert
sind. Es ist nicht zu verkennen, daß die Erwägungen,
von denen sich die Parteien in ihrer jetzigen Friedens-
stimmung leiten lassen, teilweise sehr eigenartlicher
Art sind. Die Erklärungen derselben, welche, wenn sie
auf die Regierung abgegeben würden, in allen über-
alen Blättern ohne weiteres als „Song nach Canossa“
bezeichnet werden — sind so himmelweit verschieden
von der sonstigen Feindschaft der Parteien gegen
die Kirche und insbesondere gegen die katholische Kirche,
dass ihre Bekämpfung wohl gegen die Kirche und insbesondere gegen die katholische Kirche, dagegen
aber nicht aus wirklicher Fürsorge für die Interessen der Kirche und nicht in Anerkennung der
Berechtigung christlicher Bedürfnisse, sondern, wie einst
gesagt wurde, nur aus Bosheit“ sich dem Centrum
zu Gebote gefestigt haben.

Diesjenigen, denen es mit der Friedensstimmung
wirklich ernst ist, werden am besten ihres, die Regie-
rung auf dem Wege zu unterstehen, den sie nach rech-
tlicher Überzeugung und in Anbetracht der geraumten
Verhältnisse eingeschlagen und den sie jetzt wieder dem
Vandtage im Fortzuge und Erweiterung ihrer durch
mancherlei Erfolge bisher gut bewährten Bemühungen
empfohlen hat. Dieser Weg vereinigt in sich die
Würde des Staates, das Interesse für seine katholischen
Unterthonen, wie auch das aufrichtige Bestreben, zu
der Kirche solche Beziehungen herzustellen, welche beiden
Gewalten, unbedacht ihrer Gründlage und Ansprüche,
die Erfüllung ihrer gemeinsamen hohen Aufgaben er-
möglichen.

Tagesgeschichte.

Dresden, 19. Januar. Beide Kammern traten
heute zu Sitzungen zusammen. Die Erste Kammer
trat nach kurzer Debatte nach dem Vortrage der
Zweiten Kammer den auf den Anlauf der Chemnitz-